

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie immer zum Jahresende, legt die Ministerin uns allen etwas auf den Gabentisch: Die Zahlen über den Unterrichtsausfall oder, wie das Ministerium es ausdrückt, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen dieses Landes. Eine Erfolgsmeldung, wie es scheint: Nur noch 5,5 % beträgt der geplante, strukturelle Unterrichtsausfall. Ein Blick auf die Maßnahmen, welche das Ministerium und die ADD zur Erreichung dieser Marke getroffen haben, bringt Ernüchterung: So wächst der Druck auf die Schulen landesweit, Klassen zusammenzulegen, kleine Klassen zu schließen. Ganze Ausbildungsgänge werden „verlagert“ oder, ein schöner Begriff aus Neustadt, „ausschleichend“ beendet. Die Schülerzahlen sinken ohnehin, da macht es sich gut, auch das noch als Erfolg zu verkaufen. Und was die Vollzeitschulen anbelangt, da konnten die Versuche, die Höheren Berufsfachschulen infrage zu stellen, gerade noch einmal abgewehrt werden. Noch ein bisschen Druck gefällig? Dann gehen wir mal an die Entlastungsstunden für die Personalräte.... Die Liste ließe sich noch vervollständigen, aber eines wird klar: Die „verbesserte“ Unterrichtsversorgung wird auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen, die diese darüber hinaus mit ihrem erzwungenen Verzicht auf anständige Besoldungssteigerungen finanzieren müssen. Gespannt warten wir auf die Äußerungen der Ministerin über die Ergebnisse der Expertenkommission. Hier wurden sinnvolle Maßnahmen vorgeschlagen, um die berufliche Bildung im Lande zukunftsfest zu machen. Dies wird auch Geld kosten, so z.B. die Senkung des Unterrichtsausfalls auf nur noch 2 % oder die Aktion „14 für 12 Stunden“ für die Berufsschulklassen. Dies wären zur Abwechslung Maßnahmen, welche nicht nur kosmetischer Art wären. An diesen Plänen werden wir den Willen der Landesregierung messen, wirklich etwas für die berufliche Bildung zu tun. Der **vlw** wird sinnvolle Maßnahmen auch im neuen Jahr unterstützen, sich aber weiterhin entschieden gegen zusätzliche Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen wehren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2014!

Ihr Karl-Heinz Fuß



Presseerklärung des vlw zur Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen

Schöne Worte statt Taten – Berufsbildende Schulen weiterhin Stiefkinder der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz

Das Bildungsministerium hat, wie immer zeitverzögert nach Bekanntgabe der Zahlen für die allgemeinbildenden Schulen des Landes, die Zahlen der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen veröffentlicht und die leichte Verbesserung um 0,7% Prozentpunkte als Erfolg herausgestellt. **Mit 5,5% ist der Unterrichtsausfall jedoch weiterhin viel zu hoch.** Nach Einbeziehung der gegenüber dem Vorjahr -demografisch bedingten- rückläufigen Schülerzahl erscheint die Reduzierung gar als gegenstandslos. Die angekündigte Werbekampagne für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, dahinter muss jedoch ein attraktives Lehramt stehen, dessen Rahmenbedingungen nicht ständig verschlechtert werden. Dies ist aktuell bei der Einstufung in die neu eingeführten Erfahrungsstufen zu beklagen. Die Erfahrungsstufen sind für die Besoldung maßgeblich. Während bisher das Lebensalter bestimmend war, werden nun lediglich „dienstliche Erfahrungszeiten nach dem 2. Staatsexamen“ gezählt. Vorhergegangene berufliche Zeiten werden nur sehr restriktiv anerkannt, was in der Folge, vor allem bei Quereinsteigern, zu einer deutlichen Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Regelung führt.

Die mangelhafte Unterrichtsversorgung bedeutet für den Unterrichtsalltag an den berufsbildenden Schulen des Landes u.a.:

Lesen Sie weiter auf Seite 2!

Inhalt:

- Umstellung SEPA
- Unterrichtsversorgung an BBS
- Inklusion-Resolution der Lehrerverbände
- Mindestanwesenheitspflicht an Fachschulen beibehalten
- Mehrarbeit im Schuldienst - nur noch für Idealisten?
- Gehaltseinbußen für Neueinsteiger
- Julia Gieger im Landesvorstand
- vlw-Pfalz bei John Deere
- Peter Eich-OV Kreuznach
- Fortbildung „Konfrontative Pädagogik“
-

Umstellung SEPA

Ab 1. Februar 2014 wird in 32 europäischen Ländern der Zahlungsverkehr mit SEPA vereinheitlicht. IBAN und BIC ersetzen künftig Kontonummer und Bankleitzahl. Die bestehenden Einzugsermächtigungen unserer Mitglieder werden gemäß der neuen Richtlinie in ein SEPA-Lastschriftmandat umgewandelt. Die Kontoverbindungen werden automatisch umgestellt. Sie brauchen selbst nichts zu unternehmen!

Ganze Bildungsgänge werden an den Schulen gestrichen;

- Die angestrebte Verbesserung der individuellen Förderung wird nicht erreicht;
- Für Maßnahmen der Inklusion werden an den BBS keine Ressourcen zur Verfügung gestellt (dies war schon im sogen. „Klemm-Gutachten“ nicht vorgesehen);
- Die Umsetzung der Reformen für die Berufsfachschule I und die Reform der Büroberufe zum Schuljahr 2014/15 müssen auf der Basis dieser unzureichenden Lehrkräfteversorgung gestemmt werden.

Der vlw Rheinland-Pfalz fordert:

- Die Reduzierung des Unterrichtsausfalls auf höchstens zwei Prozent (Unterrichtsvorsorgung von 98%);
- Die dafür notwendige Einstellung von Lehrkräften, insbesondere die Übernahme frisch ausgebildeter examinierter Lehramtsanwärter und -anwärterinnen;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufes an den berufsbildenden Schulen des Landes, mit dem Ziel, Lehrkräfte in den Mangelfächern zu gewinnen;

Unser duales System wird weltweit als Vorbild im Bereich der beruflichen Bildung gefeiert, auch von unseren politischen Vertretern. Gleichzeitig droht den Berufsschulen des Landes – unter dem Vorwand des demografischen Wandels und zwecks Sanierung klammer Kassen – die Demontage durch Strukturreformen und Zusammenlegungen. Dies muss ein Ende haben!

vlw Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Inklusion: Resolution der rheinland-pfälzischen dbb-Lehrerverbände

Zur geplanten flächendeckenden Einführung der Inklusion auch an den Regelschulen, wie sie in einer Gesetzesnovelle der Landesregierung zum Schulgesetz, die sich zur Zeit in der Anhörung befindet, vorgesehen ist, halten die Lehrverbände des Deutschen Beamtenbundes Rheinland-Pfalz fest:

Inklusion – Ressourcen sind die Grundbedingung

Die Unterzeichner dieser Erklärung unterscheiden sich in Fragen der Ausrichtung und konkreten Umsetzung der schulischen Inklusion. Dennoch ist unabhängig von der Sichtweise auf das Thema unstrittig, dass eine wie auch

immer geartete Umsetzung der schulischen Inklusion nur mit einer vollständigen Ressourcenausstattung gelingen kann.

Behinderte und beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sind besonders verletzlich und bedürfen ungeachtet des Förderortes optimaler Rahmenbedingungen. Dies betrifft sowohl die personelle als auch die sächliche Ausstattung. Im aktuellen Entwurf des Landeshaushalts werden zum Beginn des Schuljahres 2014/ 2015 nur 50 zusätzliche Förderschullehrer in Aussicht gestellt. Mit diesen wenigen Lehrkräften aber soll landesweit die vollständige Öffnung des Elternwillens hinsichtlich des Lernortes Förderschule, Schwerpunktschule oder Einzelintegration gestaltet werden, wie es im neuen Schulgesetz vorgesehen ist. Die Zahl ist nicht am tatsächlichen Bedarf ermittelt. Dieses Vorgehen ist daher von Vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Gleichzeitig werden weder im aktuellen Haushaltsentwurf noch im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung die baulichen Notwendigkeiten angesprochen. Die meisten Schulen verfügen jedoch weder über Differenzierungsräume oder Ruheräume noch über Therapieräume.

Wenn diese Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend geklärt sind, kann auch bei größtem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer eine Inklusion zum Wohle des Kindes nicht umgesetzt werden.

Deshalb fordern die Unterzeichner die Landesregierung auf, die Umsetzung der Inklusion inhaltlich auszugestalten und erst die Ressourcenfrage zu klären, bevor sie die konkrete Umsetzung der Inklusion an den Schulen vollzieht.

Malte Blümke

Philologenverband Rheinland Pfalz (PhV);

Gerhard Bold

Verband Bildung und Erziehung (VBE):

Bernd Karst

Verband der Realschullehrer (VDR):

Ulrich Brenken

Verband der Lehrer an Berufsbildenden Schulen (VLBS);

Karl-Heinz Fuß

Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)

Mindestanwesenheitspflicht an Fachschulen beibehalten

Von Seiten des Bildungsministeriums haben wir erfahren, dass die Mindestanwesenheitspflicht an den Fachschulen künftig wegfallen soll. Die Ernsthaftigkeit dieser Überlegung wird in der Meisterschulverordnung deutlich, in der der entsprechende Passus gestrichen wurde (Amtsblatt 11/2013 mit Wirkung ab August 2014).

Nach der derzeitigen Regelung in der Fachschulverordnung wird ein Schüler, der nicht an mindestens 75% der erteilten Unterrichtsstunden in einem Modul teilgenommen hat, nicht zur abschließenden Leistungsfeststellung bzw. der Abschlussprüfung in diesem Modul zugelassen, das Lernmodul gilt somit als nicht bestanden. Ausnahmen, z.B. bei einer nachgewiesenen längeren Erkrankung

des Schülers, sind möglich. Der Hinweis, bei einer längeren Krankheit des Schülers hätte die Regelung vor Gericht keinen Bestand, nimmt einen Teil der Gesamtregelung nicht zur Kenntnis. Die derzeitige Regelung ist aus mehreren Gründen im Ansatz sinnvoll – wobei über eine höhere prozentuale Anwesenheitspflicht nachzudenken ist:

- Die Schüler der Fachschulen sind Erwachsene. Durch diese Fehlzeitenregelung haben sie freie Handlungsspielräume. Es geht nicht mehr um entschuldigtes oder unentschuldigtes Fehlen – was in ihrem Fall eher eine zweifelhafte Unterscheidung ist, da sie sich eine Entschuldigung selbst schreiben können – sondern nur um Anwesenheit oder nicht. Die Suche nach akzeptablen, manchmal auch vorgeschobenen, Entschuldigungsgründen und deren Überprüfung entfällt. Dies reduziert für Schüler und Lehrer überflüssige Bürokratie.
- Gleichzeitig nimmt diese Regelung die Schüler in die Verantwortung. Sie selbst sind für ihren Schulbesuch verantwortlich und tragen die Konsequenzen, wenn sie dem nicht sorgfältig genug nachkommen.
- Die Mindestanwesenheitspflicht von 75% ist jedoch sehr großzügig bemessen. Bei dem hohen fachlichen Anspruch, mit dem an den Fachschulen unterrichtet wird, gibt man den Schülern damit ein falsches Signal, denn die Regelung suggeriert, dass man trotz des Versäumens von einem Viertel der Unterrichtsinhalte das Ziel des Bildungsganges noch erreichen kann, was sehr zweifelhaft ist. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass an Universitäten bei zahlreichen Veranstaltungen maximal zwei (2 !) Fehltage zulässig sind. Diese Regelungen sind offenbar gerichtsfest, da sie schon lange Bestand haben. Die Studenten sind im Alter unserer Fachschüler und werden rigoros in die Verantwortung genommen.
- Für die geplante Aufhebung der bestehenden Fehlzeitenregelung besteht keine Notwendigkeit. Wir halten diese Aufhebung für einen Rückschritt und lehnen sie ab. Wir fordern im Gegenteil eine Heraufsetzung der Mindestanwesenheitspflicht und die Ausweitung auf weitere Bildungsgänge der BBS.

Mehrarbeit im Schuldienst nur noch für Idealisten? Kommentar zur neuen Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“

Sind sie bereit, ein ganzes Jahr lang auf Ihre Bezahlung zu warten? Und macht es Ihnen ebenso nichts aus, dass Ihre geleistete Mehrarbeit um die Stunden gekürzt wird, die im Laufe des Jahres ausfallen? Dann sind sie der ideale Partner für vergütete Mehrarbeit. Man muss kein Kaufmann sein, um herauszufinden, dass der Lohn je Stunde geleisteter Zusatzarbeit unter diesen Bedingungen nicht mehr dem Lohnniveau einer studierten Fachkraft entspricht. Da für die regelmäßige vergütete Mehrarbeit das Einverständnis

der betroffenen Kolleginnen/Kollegen erforderlich ist, werden wohl wieder die A13er erhalten müssen, um die Lücken zu füllen, die aufgrund einer zu restriktiven Einstellungspolitik entstanden sind.

Gehaltseinbußen für Neueinsteiger

vlw kritisiert Verwaltungspraxis bei Festlegung der Erfahrungsstufen

Ein Großteil der Nachwuchslehrkräfte an berufsbildenden Schulen sind Quer- und Seiteneinsteiger. Und das ist gut so, denn diese Leute bringen wertvolle berufliche Erfahrung für den Unterricht mit. Nun werden aber genau diese Leute von der Umstellung auf die neuen Erfahrungsstufen massiv getroffen. Wie die Berufseinsteiger bezahlt werden sollen, entscheidet das neue Landesbesoldungsge-
setz – nämlich nach dienstlicher Erfahrung. Dazu zählen hauptsächlich Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Berufliche Erfahrungszeiten vor dem Referendariat sollen ebenso wenig angerechnet werden, wie das Referendariat selbst. Dieser Aspekt stellt besonders für Quer- und Seiteneinsteiger einen finanziellen Schaden dar, denn sie müssen laut dbb im Vergleich zur vorherigen Regelung bis zu 450 Euro monatliche Gehaltseinbußen verschmerzen. Das würde für einen 35-jährigen Quer- oder Seiteneinsteiger bis zur Pension einen finanziellen Nachteil von brutto rund 150.000 Euro bedeuten.

Was anerkennungsfähige Zeiten sind, darüber entscheidet auf Antrag die ADD, allerdings auf Weisung des Dienstherrn sehr restriktiv. Deshalb lautet unsere Forderungen nicht das individuelle Verhandlungsgeschick entscheiden zu lassen, sondern zum Unterrichtsfach passende berufliche Erfahrungszeiten ohne Abstriche anzuerkennen. Wir brauchen kein neues Sparmodell, sondern attraktive Rahmenbedingungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Julia Gieger

Julia Gieger - Verstärkung für den Landesvorstand

Im November 2012 wurde **Julia Gieger** als Unterstützung für den Bereich Allgemeinbildende Fächer vom **vlw**-Landesvorstand kooptiert. Frau Gieger unterrichtet an der BBS Alzey Deutsch und Englisch und ist Mitglied des örtlichen Personalrats. Mit ihrer mehrjährigen Berufserfahrung in einer Presseagentur wird sie den Landesvorstand auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.



Bezirksverband Pfalz: vlw bei John Deere



Zu einer nicht nur für Technikfans spannenden Werksbesichtigung bei John Deere, Mannheim (Lanz-Landmaschinen) hatte der vlw-Pfalz eingeladen. Unsere teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen konnten sich zunächst über das weltweite Marketing-Konzept und produktionsorganisatorische Fragen informieren. Es folgte eine hochinteressante Betriebsbesichtigung durch praktisch alle Fertigungsabläufe, bei der die Teilnehmenden „hautnah“ die Entstehung eines modernen Traktors erleben konnten. An einem Simulator erprobten interessierte Kollegen ihre Fähigkeit zum Umgang mit einem Greifgerät für Waldarbeiten.
Andreas Seehaus

Ortsverband Bad Kreuznach Wirtschaft: Peter Eich als Ortsvorsitzender verabschiedet

Ein ganzes Jahrzehnt hat Herr Eich an der BBS Bad Kreuznach Wirtschaft die Geschicke des vlw geleitet. Eine Aufgabe, die gewiss nicht immer einfach war und deshalb besonderen Dank verdient. Er verstand es, Missstände zu artikulieren und war dadurch ein wertvoller und geschätzter Gesprächspartner weit über den Ortsverband hinaus. Auf Bezirks- und Landesversammlungen war Herr Eich stets mit guten Ideen und viel politischem Gespür präsent. „Es ist nun an der Zeit, dass ein anderer, möglichst jüngerer Kollege dieses Amt übernimmt“, so Herr Eich. Der vlw-Landesvorstand sowie der Bezirksvorstand Koblenz danken **Peter Eich** ausdrücklich für sein langjähriges Engagement im Interesse der Kolleginnen und Kollegen. Als Landeskassenprüfer hält Herr Eich dem vlw in der laufenden Amtsperiode weiterhin die Treue.

Karl-Heinz Fuß



Bezirksverband Koblenz: Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention in der Schule Teil 2

In der Schule werden Lehrerinnen und Lehrer täglich mit Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen konfrontiert, die Lehrkräfte nicht selten vor die Herausforderung stellt, mit solchen Situationen adäquat umzugehen. Am 1. Oktober 2013 fand die Fortsetzungsveranstaltung zum Thema „Konfrontationspädagogik und Gewaltprävention in der Schule“ statt. Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen aus dem Bezirk Koblenz trafen sich in Dierdorf zu einer ganztägigen Fortbildung, um sich in der „Kunst konfrontativen Fragens“ und der „Entwicklung eines Ordnungsrahmens“ sowie der „Bearbeitung praktischer Fälle“ zu üben.



Am Ende eines intensiven Fortbildungstages nahmen die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen vielfältiges methodisches Handwerkszeug an ihre Schulen

mit, um Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen professioneller begegnen zu können.

Referent der Veranstaltung, die wiederum in Kooperation mit dem Schulreferat der Evangelischen Kirchenkreise Altenkirchen und Wied stattfand, war Herr Erwin Germscheid, der seit 2001 mit seinem Beratungs- und Coachingunternehmen Germscheid-Concept Menschen bei Veränderungsprozessen begleitet. Als Leiter des IHI-Rodenbach (Integratives-Humanistisches-Institut) bildet er seit 2004 Fachkräfte in verschiedenen pädagogischen und beratenden Bereichen aus. Der vlw-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei Herrn Germscheid für die gelungene Durchführung der Fortbildungsveranstaltung. Besonderer Dank gilt dem Schulreferenten der Kirchenkreise Altenkirchen und Wied, Herrn Pfarrer Martin Autschbach, und seiner Mitarbeiterin, Frau Birgit Pritzer, für die gute Zusammenarbeit sowie der Evangelischen Kirchengemeinde Dierdorf für die Bereitstellung ihrer Tagungsräume.

Kurt Flöck

Verantwortlich:

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,
67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de

Redaktion:

Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim,
Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

